

Läuft Freiburg Mannheim den Rang ab?

Diskussion um neue Stelle für Erstaufnahme von Flüchtlingen

Von Peter Zschunke

Karlsruhe. Nach Mannheim zeigt nun auch Freiburg Interesse am dringend benötigten zweiten Standort für eine Landeserstaufnahmestelle (LEA) für Flüchtlinge im Südwesten. Integrationsministerin Bilkay Öney und Finanzminister Nils Schmid (beide SPD) hätten sich mit dem Vorschlag an die Stadt Freiburg gewandt, auf dem spätestens 2016 frei werdenden Gelände der Polizeiakademie eine solche Einrichtung zu ermöglichen. „Das Land ist auf uns zugekommen“, hieß es in Freiburg. Oberbürgermeister Dieter Salomon (Grüne) erklärte: „Für Freiburg wäre die neue Landeserstaufnahmestelle eine große Chance.“

Es würden aber auch Gespräche mit weiteren Gemeinden geführt, sagte ein Sprecher des Integrationsministeriums in Stuttgart. „Uns ist sehr daran gelegen, dass wir bald zu einem Abschluss der Gespräche kommen“, sagte er zu entsprechenden Forderungen aus der Opposition. Eine Entscheidung könnte in den nächsten Wochen fallen. Die steigende Zahl von Flüchtlingen und die Überbelegung der bisher einzigen LEA in Karlsruhe setzen Grün-Rot unter Handlungsdruck. „Wir haben unsere Möglichkeiten in Karlsruhe nahezu ausgeschöpft“, sagte ein Sprecher des Regierungspräsidiums Karlsruhe.

Mannheims Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) sagte, es sei aus jetziger Sicht offen, welche Stadt die Aufnahme bekomme. Der Gemeinderat sei bislang



„Möglichkeiten nahezu ausgeschöpft“: Die Karlsruher Erstaufnahmestelle ist überlastet.

bereit gewesen, einen zweiten LEA-Standort mitzutragen. Im Augenblick gebe es aber kein vernünftiges, realistisches Angebot. Der Vorteil auch für Mannheim: „Wir wären von einer langfristigen Aufnahme von Flüchtlingen freigestellt, wenn wir die Aufnahmeplätze bekommen“, so Kurz. „Wir haben in Mannheim schon sehr viele Integrationsaufgaben.“

Eine Sprecherin der Stadt verwies darauf, dass das Land seit Juni die Gemeinschaftsunterkunft Pyramidenstraße in eigener Verantwortung zunächst bis Ende 2015 als Außenstelle der LEA betriebe. Eine weitere Nutzung als zweite LEA neben Karlsruhe sei möglich.

Freiburg hätte gegenüber Mannheim den Vorteil einer besseren geografischen Verteilung der Erstaufnahmestellen im Land. Zudem liegt die Stadt in der Mitte des Rheinabschnitts zwischen Offenburg und Basel, wo wegen der Grenzlage besonders viele Flüchtlinge eintreffen.

„Der Nationalsozialismus ist längst nicht ausgeforscht“

Die Forschung zur Geschichte der Landesministerien nimmt langsam Fahrt auf – Auftragsforschung für 1,47 Millionen Euro – Neue Erkenntnisse zu Schlüsselpositionen auf mittlerer Ministerialebene erwartet / Von Sören S. Sgries

Wer staubige Regalmeter und Aktenberge erwartet, wird enttäuscht sein von den vergleichsweise kahlen Büros der Forschungsgruppe am Heidelberger Karlsplatz. Ein paar angelegte Bände des „Ministerialblatts für die badische innere Verwaltung“ aus den 1930ern finden sich, ansonsten dominieren Laptops das Bild. Doch genau hier könnten die vier Mitarbeiter, die sich durch Akten aus der Zeit des Nationalsozialismus wühlen, bemerkenswerte Dinge zutage fördern.

„Wenn es zuletzt große Fortschritte in der Forschung gab, dann waren es solche Projekte“, sagt der Heidelberger Zeithistoriker Edgar Wolfrum, an dessen Lehrstuhl das Forschungsprojekt „Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg“ angesiedelt ist. 1,45 Millionen Euro stellte die Baden-Württemberg Stiftung für die auf drei Jahre angelegte Auftragsarbeit zur Verfügung, mit der sich das Land „ehrlich vor seiner Geschichte“ machen will, wie es Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) bei der Vorstellung formuliert hatte.

Wolfrum sieht vor allem die wissenschaftliche Bedeutung der Auftragsarbeit. „Der Nationalismus ist längst nicht ausgeforscht“, sagt er, warnt im gleichen Atemzug: „Was jetzt nicht gemacht wird, bleibt liegen.“ Die Generationen, die – wenn auch oft nur noch über die Eltern –

eine direkte Verbindung zum dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte haben, werden älter, sterben. Das Interesse sinkt, so Wolfrums Eindruck.

Schwerpunkt der Arbeit liegt in Heidelberg, aber auch in Freiburg, Stuttgart, Erfurt und Bonn brütet jeweils ein Mitglied der Historikerkommission über den Akten. Der große Anspruch: „Wir räumen mit dem Mythos auf, dass alles aus Berlin kam“, sagt Wolfrum. Bisher nämlich konzentrierte sich die Forschung zum Nationalsozialismus vielfach auf die Reichshauptstadt. Dass es überhaupt noch eigenständige Landesministerien gab – für viele eine kleine Überraschung.



Der Heidelberger Kern des Projekts (v.l.): Miriam Koch, Koordinatorin Frank Engehausen, Katrin Hammerstein, Moritz Hoffmann und Lehrstuhlinhaber Edgar Wolfrum. Fotos: s6s

„Das System konnte nur funktionieren, weil es von der kommunalen bis zur Reichsebene eng verknüpft war“, erläutert Frank Engehausen, der Koordinator des Projekts. „Was für Leute waren es, die an den Schlüsselpositionen saßen“, fragt er. Wer hielt die „Mittelbehörden“ als Amtsleiter und Ministerialdirektor am Laufen? „Bekannt sind die Schicksale der Minister selbst“, so eine erste Erkenntnis. Bei anderen Personalien betritt man Neuland, auch wenn Engehausen schon von einem badischen Gauleiter berichten kann, der in vorausweisendem Gehorsam einen „Judenerlass“ umsetzte, der um einiges strikter war als die spätere Berliner Vorgabe.

Eigentlich befindet sich das Team jedoch noch in der ersten Sichtung der Quellen, wertet etwa Lebenserinnerungen des ehemaligen badischen Ministerpräsidenten Walter Köhler aus, die im Weinheimer Stadtarchiv lagerten. Oder sortiert für sich, welche Ministerien überhaupt Bestand hatten in Baden und Württemberg. Auch die Frage, welche Aktenbestände verfügbar sind, wird geklärt. So sei die Quellenlage in Karlsruhe deutlich besser als in Stuttgart, wo Bestände den

Bomben zum Opfer fielen. „Das Abenteuer beginnt erst“, so Engehausen.

Das „Abenteuer“ schon hinter sich hat der Marburger Historiker Eckart Conze. Wohlwollend beobachtet er das „neue Interesse an der NS-Vergangenheit von Institutionen“ – ein Trend, den er mit ausgelöst hat. Als einer der Autoren der viel beachteten Studie „Das Amt und die Vergangenheit“ hatte er 2010 nach langjähriger Forschung eine lebhaft diskutierte Rolle des Auswärtigen Amtes im Nationalsozialismus losgetreten. Mit Blick auf die eigene Arbeit, aber auch auf Baden-Württemberg, sagt er: „Es geht nicht um Skandalisierung oder um Geheimdokumente, sondern um einen neuen Blick.“

Wie die „Amt“-Historiker will die Südwest-Forschungsgruppe neue Perspektiven liefern. Und doch unterscheidet man sich. „Wir verfahren nicht klassisch, vergraben uns drei Jahre und legen dann ein Buch auf den Tisch“, so Engehausen. Stattdessen setze man auf projektbegleitende Veröffentlichung. Technisch aufwendige Online-Dokumentationen sind beispielsweise im Gespräch, auch Kooperationen mit Schulen. „Geschichte ist Aufklärung, und Aufklärung braucht Reichweite“, so Wolfrum.

Info: Am Freitag, 25. Juli, lädt das Projekt zum Auftakt Symposium nach Stuttgart ein.

Wirbel um Mollaths Anwälte

Angewidert gestörtes Vertrauensverhältnis – Das bisherige Duo agiert fortan als Pflichtverteidiger

Von André Jahnke

Regensburg. Die beiden Wahlverteidiger des aus der Psychiatrie entlassenen Nürnbergers Gustl Mollath haben am Mittwoch völlig überraschend ihr Mandat niedergelegt. Allerdings hat dieser Schritt kaum Auswirkungen auf den Fortgang des Wiederaufnahmeverfahrens wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Sachbeschädigung. Denn das Landgericht Regensburg bestellte die Anwälte umgehend zu Pflichtverteidigern.

Anwalt Gerhard Strate sagte, Mollath habe wohl das Vertrauen in ihn und seinen Kollegen Johannes Rauwald verloren. Ihr Mandat habe bis zu 30 Beweisanträge stellen wollen, die sie aber nicht einbrachten. „Herr Mollath kann offensichtlich nicht mehr Freund und Feind unterscheiden.“ Beide Anwälte erklärten sich einverstanden, nun als

Pflichtverteidiger zu agieren: „Wir werden die Verteidigung fortführen, ohne Abstriche an dem, was wir für richtig halten“, sagte Strate.

Mollath zeigte sich erstaunt von dem Schritt seiner Anwälte: „Ich bin auch total überrascht und am Boden zerstört“, sagte der 57-Jährige. „Ich kann den Grund nicht verstehen. Ich habe Vertrauen in meine Anwälte.“

Mollath soll 2001 seine Frau misshandelt und eingesperrt haben. Zudem soll er Dutzende Autoreifen zerstochen haben, um sich an Menschen zu rächen, die an der Scheidung von seiner Frau beteiligt waren oder sich gegen ihn gewandt hatten. Das Landgericht Nürnberg-Fürth hatte ihn 2006 wegen Schuldfähigkeit freigesprochen, aber in die Psychiatrie eingewiesen. Erst im vergangenen Jahr kam er frei. Der Fall hatte eine Debatte über die Unterbringung

in psychiatrischen Kliniken ausgelöst. Am 7. Juli begann in Regensburg das Wiederaufnahmeverfahren.

Zur Bestellung der Anwälte als Pflichtverteidiger sagte die Vorsitzende Richterin Elke Escher, es bestehe ein Fall der notwendigen Verteidigung. Oberstaatsanwalt Wolphard Meindl erläuterte, nur bei unüberwindbaren Interessenskonflikten und einem zerstörten Vertrauensverhältnis könnten Verteidiger komplett aus einem Prozess entlassen werden. „Dies ist hier aber nicht der Fall.“

Zuvor hatte der elfte Prozessstag für Mollath positiv begonnen. Die vorgeworfenen Reifenstechereien sind nach Einschätzung eines Gutachters heute nicht mehr nachweisbar. In der Vorwoche hatte ein rechtsmedizinischer Gutachter erklärt, dass die Misshandlungen von Mollaths Ehefrau heute nicht mehr zu beweisen seien.

200 Extra-Lehrer sollen Flüchtlinge betreuen

Stuttgart. (lsw) Das Kultusministerium reagiert mit 200 zusätzlichen Lehrern auf die steigende Zahl von Zuwanderern und Flüchtlingen in Baden-Württemberg. „Wir müssen den Kindern der Zuwanderer an den Schulen das Erlernen der deutschen Sprache ermöglichen“, sagte Kultusminister Andreas Stoch (SPD) am Mittwoch.

Die zusätzlichen Lehrer werden in den sogenannten Vorbereitungsklassen an den unterschiedlichen Schularten – auch an Realschulen und Gymnasien – eingesetzt. Ziel ist, dass die Schüler dort möglichst schnell Deutsch lernen, um in den regulären Klassen integriert zu werden. Die bislang vorgesehene Mindestzahl von zehn Schülern für eine Vorbereitungsklasse wird zudem außer Kraft gesetzt, um den Schulen eine schnelle Reaktion zu erlauben.

Die Finanzierung von 11,7 Millionen Euro ist zunächst lediglich für das kommende Schuljahr gesichert.

„Bürokratisches Monstrum“ und „Bierzeltschnapsidee“

Die Maut-Pläne von Bundesverkehrsminister Dobrindt führen zu seltener Einigkeit im Land – Selbst die CDU meldet Bedenken an

Von Julia Giertz

Stuttgart. Die Maut-Pläne von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) finden bei allen Landtags-Fraktionen kaum Zustimmung. Sie schrecke ausländische Gäste ab, argumentierten Grüne und FDP. Ausnahmen von der Maut in Grenzregionen führten zu einem noch größeren Chaos, neuen Ungerechtigkeiten und mehr Bürokratie, sagte Jochen Haubmann, Verkehrsexperte der FDP, am Mittwoch in Stuttgart. „Diese bayrische Bierzeltschnapsidee ist ein Rückfall ins Mittelalter und ein Konjunkturprogramm für die Bürokratie.“ Der Verwaltungsaufwand drohe, die erwarteten jährlichen Einnahmen von bundesweit 600 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro schrumpfen zu lassen.

Selbst die CDU findet das Konzept „problematisch“. CDU-Politiker aus dem Land – darunter CDU-Landeschef Thomas Strobl – hatten gefordert, dass die Maut nahe der Schweizer, französischen und österreichischen Grenze nicht anfallen dürfe, um Einbußen für dortige Firmen, den Einzelhandel und Gastronomie zu verhindern. Der kleine Grenzverkehr sei sehr wichtig. Haubmann warnte davor, dass Baden-Württemberg in „Strobl-Land und Dobrindt-Land“ zerfalle.

Ministerpräsident Winfried Hermann (Grüne) hatte davon gesprochen, dass allein aus der Schweiz ein Rückgang der Kaufkraft in Höhe von 200 Millionen Euro zu befürchten sei. Unterm Strich werde sich aus einer Vignette für das Land ein Minus ergeben. Deshalb werde das Land den Plänen seine Zustimmung verweigern.

Andreas Schwarz (Grüne) sprach von einem „bürokratischen Monstrum“, weil jedem Bürger eine Vignette zugeschickt werden müsse. Kostenpunkt: 25 Millionen Euro. „Das ist Wirtschaftsförderung für die Post, aber keine Straßenbauförderung.“ Er frage sich auch, ob bald an den deutschen Grenzen wieder Schlagbäume aufgebaut werden sollten, an denen ausländischen Autofahrern Vignetten verkauft werden.

Auch die SPD-Fraktion lehnte die Pläne vollständig ab. Die deutschen Autofahrer zahlten über Kfz- und Mineralölsteuer 50 Milliarden Euro an die öffentliche Hand, zurück flößen aber nur 30 Milliarden. „Das ist zu wenig“, betonte der sozialdemokratische Verkehrsexperte Hans-Martin Haller. „Das Ganze ist eine Frage des politischen Willens.“

Die CDU-Fraktion sieht das Vorhaben zwar grundsätzlich als „Schritt in die richtige Richtung“. Verkehrsexpertin Nicole Razavi meldete allerdings euro-



Vignettenverkauf an der deutsch-österreichischen Grenze: Entsprechende Pläne für Deutschland stoßen im Südwesten auf wenig Gegenliebe. Foto: dpa

parechtliche Bedenken gegen den CSU-Vorschlag an. Da nicht mit mehr Haushaltsmitteln für Verkehrsinfrastruktur zu rechnen sei, sei ihr der „Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach“. Aus Sicht von Grünen-Politiker Schwarz steht die Südwest-CDU damit im Widerspruch zu Kanzlerin Angela Merkel. Diese hatte im Wahlkampf 2013 gesagt: „Mit mir wird es keine Pkw-Maut geben.“

Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne), ausgesprochener Gegner des „unausgegorenen“ Vorhabens, wies darauf hin, dass nicht der französische Kleinwagen die Landes- und Kommunalstraßen schädige; vielmehr seien dafür die Lastkraftwagen verantwortlich, die aber von der Pkw-Maut auf diesen Straßen gar nicht erfasst würden. Er verlangt eine Lkw-Maut schon für Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen Gesamtgewicht, die auf allen Straßen erfasst wird.

Dagegen sprachen sich FDP und CDU aus datenschutzrechtlichen Gründen aus. Haubmann: „Man könnte ja gleich die NSA heranziehen, um die Abrechnung der Gebühren vornehmen zu lassen.“

Dobrindt plant eine Pkw-Maut auf allen Straßen ab 2016. Dafür sollen alle Autofahrer Vignetten kaufen. Deutsche sollen sie automatisch erhalten und über die Kfz-Steuer voll entlastet werden.

NACHRICHTEN

Verkehrsvertrag: Rechnungshof verspricht Prüfergebnis noch 2014

Der Landesrechnungshof will seine Prüfergebnisse zum Großen Verkehrsvertrag zwischen dem Land und der Deutschen Bahn noch in diesem Jahr vorlegen. Man wolle „gründlich und zügig“ prüfen, sagte ein Sprecher. Kritiker vermuten, dass das Land womöglich für die Leistungen seit Jahren bis zu einer Milliarde Euro zu viel an die Bahn zahlte. Zudem steht die Vermutung im Raum, die damalige CDU-geführte Landesregierung habe mit dem Vertrag das Großprojekt Stuttgart 21 wirtschaftlich attraktiver machen wollen. Das berichtete die „Stuttgarter Zeitung“.

Bayern verbietet Neonazi-Netzwerk

Das bayerische Innenministerium hat das neonazistische „Freie Netz Süd“ wegen verfassungsfeindlicher Bestrebungen verboten. Im Zuge des am Mittwoch bekannt gegebenen Verbots beschlagnahmte das Ministerium zudem Vermögen der Neonazi-Gruppierung. Das „Freie Netz Süd“ war bislang das bedeutendste Neonazi-Netzwerk in Bayern, die Opposition forderte seit Längerem ein Verbot. Nach Angaben des Innenministeriums handelt es sich bei der Gruppe um eine Nachfolgeorganisation der bereits 2004 verbotenen „Fränkischen Aktionsfront“.